

Die Reichsregierung hat auf diese reichsgerichtlichen Entscheidungen nur eine Antwort:

Sie hat den Oberreichsanwalt angewiesen, gegen den Herrn Dörten und die übrigen Mitglieder der sogenannten Regierung der Rheinischen Republik das Verfahren wegen Hochverrats zu eröffnen. Alle Umständlungen der sogenannten Regierung des Herrn Dörten sind null und nichtig. Die Bevölkerung hat ihre Anregungen nicht zu beachten. Die bisherigen Landesregierungen und Landesbehörden sind nach wie vor Träger der einzig rechtmäßigen Gewalt.

Inzwischen mehrten sich die Anzeichen des heftigen Widerstandes, den die Bevölkerung, namentlich auch das Proletariat, trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der Okkupationsbehörden leistet. In Mainz und Wiesbaden hat die ganze Bevölkerung einen 24 stündigen Abwehrstreik proklamiert. Die Arbeiter sollen die Fabriken verlassen. Beamte und Angestellte die Büros, die Geschäftsleute die Läden schließen und die Kinder aus der Schule fortbleiben. In Speyer wurden Haas und seine Gefinnungsgenossen, als sie die Rheinische Republik ausrufen wollten, von der empörten Volksmenge gefoltert, so daß sie in schwer verletztem Zustande fortgetragen werden mußten. Aus Wut über sein mannbäses Auftreten haben die Franzosen den bayerischen Regierungspräsidenten der Rheinpfalz, Herrn v. Winterstein, über den Rhein nach Mannheim abgeführt. Diese Gewaltmaßnahme zeigt, wie sehr sie die Hände bei der Sache im Spiele haben. Das Vorgehen der französischen Besatzungsbehörden stellt alles in den Schatten, was preussische Generale sich je geleistet haben. Diese Organe des Militarismus enthüllen der Welt das wahre Gesicht der Sieger.

Berlin, 2. Juni. Von süßlicher Stelle erfahren wir, daß die französische Besatzungsbehörde vom Polizeidirektor in Wiesbaden ausdrücklich verlangt hat, dafür zu sorgen, daß die Plakate, die die Proklamation der Rheinischen Republik enthalten, nicht entfernt werden. Diese Forderung steht in unauflöslicher Gegensatz zu dem von den Besatzungsbehörden immer wieder betonten „demokratischen und völkerverständlichen“ Charakter der Separationsbewegung.

Die französische Verschwörung im Rheinland. Beugung der Schuld.

Versailles, 2. Juni. Die Ausrufung der Rheinischen Republik wird von den Morgenblättern in allgemeinen nur in kurzen Meldungen wiedergegeben. Die Blätter jedoch natürlich jede Beteiligung Frankreichs ab. Es muß jedoch erwähnt werden, daß der eifrige Agitator für eine separatistische Stimmung in Deutschland, Maurice Barres, gestern in Mainz eingetroffen ist und schon heute in „Echo de Paris“ das Ereignis feiert.

Frankfurt a. M., 2. Juni. Ueber die Ausrufung der Rheinischen Republik in Wiesbaden und Mainz erfahren wir noch: Die Plakate, die die Ausrufung der Republik proklamieren, sind in der „Rheinischen Postzeitung“ in Wiesbaden gedruckt worden. Sie waren von französischen Offizieren nachgemischenermaßen angebracht, von der Bevölkerung wieder entfernt worden. Ein abermaliger Anschlag heute früh hatte das gleiche Schicksal. Viele an der Entdeckung Beteiligten wurden verhaftet. Ein nationaler Ausschuss, an dessen Spitze der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Amtsgerichtsrat von Stein, steht, überreichte dem französischen militärischen Administrator Vinet einen Protest gegen die Ausrufung der Republik. Stein wurde bedroht vor Vinet geladen und von ihm mit der Abschiebung nach Deutschland bedroht.

Infolge des allgemeinen Aufstandes, der heute vormittag 10 Uhr eingeleitet hat, sind sämtliche Läden und Schulen geschlossen. Das Elektrizitätswerk arbeitet nicht, die Straßenbahnen stehen still, die Zeitungen haben ihre Erscheinen eingestellt. Die französische Militärverwaltung hat für den Fall des Generalstreiks Aushebung sämtlicher Pässe und Bereiterleistungen und Absperzung der Lebensmittelzufuhr angedroht.

Dr. Dörten wurde zum Staatspräsidenten ernannt und hat seine Tätigkeit heute vormittag begonnen. Vinet hat die Regierungspräsidenten von Wiesbaden wissen lassen, daß er von nun an der neuen Regierung unterstellt sei und Dörten zu gehorchen habe. Regierungspräsident v. Reister hat daraufhin seinen Abschied genommen.

Eine Kundgebung der Abgeordneten des Rheinlandes.

Folgende Kundgebung ist einstimmig beschlossen worden: „Deutsche vom Rhein! Wir, die Abgeordneten der rheinischen Lande zur Deutschen Nationalversammlung und Preussischen Landesversammlung erheben Protest gegen die Ausrufung von Sonderrepubliken in Westdeutschland.“

In besetzten Gebieten hat das Volk selbst nicht die Möglichkeit zu ungehemmtem Meinungsaustrag. Deshalb erheben wir, Europa berufenen Vertreter, unsere Stimme und weisen die Ratschläge derer zurück, die in vollem Gegensatz zu dem Willen des gesamten rheinischen Volkes sich an den fremden Machthaber wenden, um seine Hilfe gegen das deutsche Vaterland zu erbitten. Nur völliger Mangel an nationalem Gefühl kann ein solches schmachvolles Komplott erklären.

In dieser Zeit allgemeinen Unglücks ist es die Pflicht jedes Deutschen, seinem Volk und Vaterlande die Treue zu halten, anstatt das Unheil durch die Zerstückelung der vorhandenen staatlichen Organisationen noch zu verschlimmern.

Jeder Teil des deutschen Volkes wird im Rahmen der neuen Verfassung zu seinem Rechte kommen und seine Sonderart in Freiheit pflegen können. Dazu bedarf es keiner verratrischen Umtriebe.

Keine Regierung kann es dulden, daß ihre Volksgenossen während schwebender Friedensverhandlungen von amtlichen Vertretern des Gegners beim Abfall unterstützt werden. Der Geist des Vertrauens, ohne den Friedensverhandlungen nicht geführt werden können, muß dadurch erodiert werden.

Dem rheinischen Volke aber rufen wir zu: Bewahrt Festigkeit, Einheit und deutsche Treue!

Berlin, den 2. Juni 1919.
Die Abgeordneten der rheinischen Lande zur Deutschen Nationalversammlung und Preussischen Landesversammlung.

Deutsch-Südtirol italienisch.

Amsterdam, 2. Juni. Das Neutürkische Bureau meldet ergänzend zum Friedensvertrag mit Oesterreich aus Paris, daß die südtirolische Grenze Oesterreichs gegen Italien an der Wasserscheide zwischen Inn und Drau im Norden und den Lombardischen Alpen im Süden entlang läuft, dann über den Brennerpaß geht und das Septental zu Italien schlägt. Die Grenze Oesterreichs gegenüber dem serbisch-kroatisch-slawonischen Staate wird von den hauptsächlich alliierten und assoziierten Mächten später festgelegt werden.

Das englische Kabinett und der Friede. Keine Volksabstimmung in Oberschlesien. — Unterschrift am 15. Juni.

Versailles, 2. Juni. Der Viererkart hielt gestern seine Sitzung ab, dagegen fand nach der „Chicago Tribune“ gestern in Paris eine englische Kabinettsitzung statt. Es wurde die Möglichkeit einer Revidierung des Friedensvertrages erörtert. Die aus London eingetroffenen Minister erklärten, sowohl die liberalen wie die Arbeiterpartei sänden die finanziellen Bestimmungen des Entwurfs zu hart, so daß Deutschland die Wiedergutmachung nicht bezahlen könne.

Das Kabinett war der Ansicht, es sei gut, sofort eine konkrete Summe von Deutschland zu verlangen und deren Festsetzung nicht auf später zu verschieben. Lloyd George habe angegeben, er werde auf dem Wortlaut des Ber-

trages nicht bestehen und Verbesserungen namentlich betreffend die finanzielle Wiedergutmachung vorschlagen.

Dasselbe Blatt will aus allerbesten Quelle eine Bestätigung erhalten haben, daß Wilson unter allen Umständen auf dem gegenwärtigen Vertragsentwurf bestehe und Clemenceau und Lloyd George brieflich davon benachrichtigt habe. Er sei durchaus dagegen, Deutschland sofort in den Völkerbund einzutreten zu lassen, nur gewisse wirtschaftliche Klauseln könnten modifiziert werden, wenn Deutschland beweise, daß es bessere Methoden zur Bezahlung wisse. Dagegen wolle er die grundlegenden Prinzipien unverändert lassen und keine Volksabstimmung in Oberschlesien zulassen.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ bestätigt die Auffassung der „Chicago Tribune“. „Echo de Paris“ will wissen, daß die Antwort der Alliierten auf den deutschen Gegenvorschlag nächsten Freitag überreicht werde. Die Antwort werde eine begründete Ablehnung sein und Deutschland werde für den 15. Juni die Bedingungen der Alliierten annehmen müssen.

Gembot über die Gesellschaft der Nationen.

Versailles, 2. Juni. Sembat schreibt heute in „Deure“, Brodorski's Antwortschreiben sei geschickt, sie umfasse die schwachen Punkte des alliierten Vertragsentwurfs. Zunächst zeige sie, daß die Entente mit sich selbst im Widerspruch sei, wenn sie Deutschlands Entlassung fordere, aber Deutschland nicht in den Völkerbund aufnehmen wolle. Wer abrüsten müsse, müsse auch in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen werden, sonst sei er wehrlos. Auch die Behauptung Brodorski's, daß die angeblich falsche Fassung des Vertragsentwurfs Deutschland wirtschaftlich zugrunde richte, sei richtig. Deutschlands Ruin sei auch Frankreichs Ruin. Deswegen sei Brodorski's Einspruch gegen die Danksagung unzulässig. Zum Schluss hebt Sembat hervor, daß Clemenceau in seiner gestrigen Antwort an Brodorski betreffend die Arbeiterorganisation namens der Alliierten erkläre, daß deutsche Vertreter demnächst in die internationale Arbeitsorganisation aufgenommen werden sollen. Sei dies nicht der erste Schritt zum Eintritt Deutschlands in die Gesellschaft der Nationen? Mit der wahren Gesellschaft der Nationen, welche alle Nationen umfasse, werde der Friede möglich. Ohne sie könne es wohl einen Austausch von Unterschriften, aber keinen Frieden geben.

Zur Obduktion der Leiche Rosa Luxemburgs

Rechtsanwalt Dr. Weinberg übersendet uns nachstehendes Schreiben, das er als Vertreter der Familie der Frau Dr. Luxemburg an das Kriegsgericht der Garde-Revolutions-Schützenbrigade gerichtet hat:

Nachdem der Reichswehraminister Noske entgegen den gesetzlichen Bestimmungen eigenmächtig die Leiche der ermordeten Frau Dr. Luxemburg aus dem Leichenhause nach dem Truppenübungsplatz in Jossen hat fortzuschicken lassen, trotzdem bekannt ist, daß eine Wasserleiche, namentlich wenn sie bereits seit Monaten im Wasser gelegen hat, vor der Obduktion besonders sorgfältig behandelt werden muß, ist jede Möglichkeit geschwunden, durch die Obduktion den Tatbestand aufzuklären. Ich muß es deshalb ablehnen, an der Obduktion teilzunehmen und hierdurch der Obduktion den Anschein eines wirklich der Aufklärung des Tatbestandes dienenden Aktes zu geben.

Der Rechtsanwalt, gez. Dr. Weinberg.
Wir halten diese Ablehnung für voreilig, da die Frage, ob eine Nahrung des Leichenstandes infolge des Transportes der Leiche unmöglich geworden ist, erst von einem Sachverständigen auf Grund des Augenscheins hätte geklärt werden müssen. Ohne den Körper der Ermordeten auch nur gesehen zu haben kann man das keineswegs entscheiden.

Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Levin-Rissen hat gestern in München begonnen. Levin, ein geborener Russe, der in Vöden naturalisiert ist, erklärte, er habe vor einer gewaltigen Scheidung gewarnt. Der Prozeß dürfte mindestens zwei Tage dauern. Die Prämien für die Ergreifung Levin's und Levin's sind auf je 10000 M. erhöht worden.

Disziplin.

Ein verbotenes Wort, wir ebenso verbot, wie allen denen, die fünf Jahre unter dem Offiziersbogen draußen in Regen und Feuer gelegen. Trotzdem wage ich es auszusprechen. Denn es muß gesagt werden: wir müssen den Widerwillen gegen dieses Wort überwinden. Disziplin sowohl als Selbstdisziplin, als auch Einordnung in die große Masse, als Massenzucht also muß uns verbrochen sein wie ein feiner Stann, der uns dringend nottut, sollen wir im Leben bestehen.

Warum ist und auch die Disziplin so verbot? Weil sie uns als etwas Fremdes von oben her brutal aufgezwingen wurde, weil sie weniger uns, als den „Herren“ dienete, weil der Lutherdorffsche Geist verneinte, daß die Menschen der unteren Klassen Selbstdisziplin haben könnten. Darum brach die Disziplin im deutschen Volk und Heer zusammen. Darum drängen unsere Seelen nach dem gegenseitigen Extrem, der vollständigen Zügellosigkeit.

Selbstdisziplin ist die Vorbedingung der Massendisziplin, soll diese mit uns verbrochen und uns nützlich sein. Sie ist die einzige, aber unüberwindliche Waffe der Masse. Best wie ein feuergeklärter Stahl muß das Proletariat zusammengeschweißt sein, ein Block, ein Gabeln, dann wird es eine reiche Ernte einheimen. Einer des anderen Helfer und Diener, Millionen Menschen eine Kraft, denn ist diese Kraft so groß, daß unsere Gegner sie vergebens aus dem Wege zu räumen versuchen, daß sie, auf den richtigen Weg gebracht, laminenartig vorwärts rollt, sich Wahn bricht.

Was aber sind wir, wenn jeder seinen Eigenwillen, seine unbeschränkte Freiheit durchsetzt, wenn seine Selbstdisziplin, sein Einordnen in die Masse unter Zurücksetzung der trennenden, persönlichen Wünsche in uns ist?

Dann sind wir Millionen Menschen, dem Kapital Millionen willkommene Kräfte zum Auslaugen, dann sind wir Millionen Kräfte, die sinnlos gegeneinander arbeiten. Dann sind wir wie jener hohle Spanen, die einen Fischbaum geplündert haben, von denen jeder häßlich seine Krallen im Schnabel die Schärpe verleiht, um seinen Rand in einen entlegenen Schlupfwinkel zu verbergen, und denen von einer Kräfte einem nach dem anderen die Beute abgejagt wurde, mit argem Jerrupfen.

Darum, Genossen, sprechen wir das Wort ruhig aus und halte jeder bei sich selbst Disziplin, unter uns Massendisziplin. Dann sind wir eine Macht, geachtet und gefürchtet, sind wir eine Lavine, die alles mit sich reißt, wohin sie will!

Tonkünstlerfest.

Der dritte Tag: Prohaska's Frühlingstanz.

Es muß gesagt werden: wenn das Gebotene wirklich reiner Niederstich deutscher Musik-Gefühl mit deutschen Musik-Werten

ist, dann hält die Muse ihren langen Winterschlaf, aus dem sie erst ein neuer Genius erwecken kann. Der alte Deutsche Musikverein erinnere sich schnell und eindringlich seiner Mission. Feuer an ein altes und morisches Gebäude zu legen und Toten statt Versprechungen aufstecken zu lassen. Er lasse auch die extremsten Neukünstler bei sich zu Worte kommen und alle, denen Drang nach Bewegung, Farbe, Phantasien und Experiment die Feder bewegt. Nur Herz muß dahinter stehen, heller Mut und frisches Nachdenken im Melodischen lebendig sein. Der dritte Tag brachte Namen von berühmtem Klang: Leudowich mit einem funktionspunktlich interessierenden, im raffigen Schluß sehr wirkungsvollen Trio; Heinz Tichen mit fünf Liedern, die in vornehmer Reflexion, aber doch aus dem Vorn einer edel musikalischen Empfindungsart schöpfend, charaktervolle und eigenständig geformte Bilder geben; Paul Junon, den Drehschiff-Explosionen, aus dessen Palette mannigfaltige Farben eine leidenschaftliche und schwingvolle, durch Gebet und Hingabe fast abgetandete Tondichtung „Altagoe“ malen; schließlich Julius Weimanns originelle und selbst gemimmerte Lieber mit Trio-Begleitung. Das alles sind Zeichen von gutem Harat und sicherem Können. Wo bleibt aber das Neue, das Erregende und Anregende im Schaffen? Wo der Atem des Komponisten, der uns erschüttert, der uns an Herz und Hirn greift mit Raubermut?

Auch Prohaska gelang das nicht. Dazu ist seine Musik zu Altpopolo's Frühling-Ode schon viel zu weich, zu gewaltlos, zu stark auf Angriff und äußere Sein-Erregung eingestellt. Nischenhaft das Orchester, rüchlos die Bergemaligung der Singstimmen, ungeschlichtet und grob das Malen von Stimmungen. Weicher wirkliche Meister hätte je eines solchen Aufwandes bedurft, um zu sagen, was er leidet, kämpft, überwindet, was er an inbrünstigen Denf und was am Wiberfall des Lebendigen und Anspendens in der Welt in seinem Herzen verdrängt! Ein einiger quellender melodischer Einfall würde die erzwungenen Schreie-Kräfte dieses ganzen Riesensbaus zum Sturz bringen. Dabei ist Prohaska ein großer Kömmer, ein Mann, der den Satz beherricht und der, wenn er sich (wie im 2. Teil) im Biegel hat, auch flangschön, weich und abgerundet nachschieben kann. Wie schade, daß er sich in dem Versuch an Orchester- und Gesangs-Figuren keine Entsprungen gönnt, daß er sich, ungeschick des Stills, mit den ersten Sätzen seiner Partitur gleich in oberflächlich überstürzte Regionen fährt und sie, vertriebt in das handwerklich Bemesserte, nur ungern verläßt! Er ist geschaffen für das rein Dramatische, auf der Bühne oder im sinfonischen Burt, nicht aber für das Bolele im Rahmen einer lyrischen, einer gedanklichen Ode des Meßias-Dichters. An diesem Verleumen seines Berufs ist der ungemein befähigte und zur Bedeutung eines groß-Schaffenden prädestinierte Musiker Prohaska gescheitert. Dem Publikum gefiel das Werk dennoch. Der Chor der Singakademie löste seine unmenslich schwierige Aufgabe bewundernswert.

Wir sind am Ende der musikalischen Tage. Und wünschten einen künstlerischen Anfang zu sehen. Bevor Aufstieg möglich wird, rufen wir andere, verborgene Kräfte, rufen wir neue, schlummernde Talente, rufen wir Kinder vom Wunder der Melodie und des Gedankens in der Musik aus Herz!

Rut Singer.

's Jungferngift' in der Volksbühne.

Ludwig Angenruber behauptet sich als wahren Volksbildner auch in den leichteren Komödien, die nicht den hohen Zug und die befreiende Tendenz tragen, etwa wie die „Kreuzschreiber“. In jeder seiner Schölen steht derselbe edle Kern. Auch in dem seltener gezielten „Jungferngift“, das im Jahr des beginnenden Sozialistengesetzes entstand, einer Posse mit allen üblichen Zutaten dieser Art, will er über Spas und Unterhaltung hinaus auf Herz und Gemüt wirken und Dummheit bekämpfen und dem Menschlichen zum Siege verhelfen. Das urale Schwankmotiv vom Wanne, der an der ersten Umarmung mit einer Jungfrau steht, ist hier in den Dienst einer Intrige gestellt, die ein drobes Liebespaar von den Nachstellungen des auf einen reichen Schweizerlehn erpichten Vaters befreien soll. Der trotzkhafte reiche Wannever läßt sich durch dieses Wärelein absperechen, das ihm der Herrliche des Dichters, der Kohlenbrenner-Tonert, einflößert. Diese tolle Figur erinnert in ihrem Humor an den Steinlocherhannes. Im übrigen sind es die herkömmlichen Schwankefiguren, mit denen das lustige Spiel gespielt wird. Auch in den Mitteln ist Angenruber nicht zimperlich; die Intrige ist etwas sehr durchsichtig und muß schließlich der Steigerung wegen noch zu einer Verkleidung greifen. Als besondere Jutat ist der Professor da, der in seiner verflügeltigen Rednerart zu den komischsten Wirkungen beiträgt und wie ein von einer Bremse gestohenes Vieh durch alle Ecken hindurchwibelt. Diese lustige Person, ein handiges Reberitorial der Literatur, gibt dann Anlaß zu allerlei Bemerkungen über Stadt und Land. Aber hinter all diesen mit Lust und Ohngarnia gemängten Unterhaltlichkeiten blüht doch tiefere, Menschliches, Nachdenkliches hervor, und das Gefühl der Seele kommt in dieser Posse nie auf.

Der Erfolg der Aufführung war bedingt durch das kernsreife Liebespaar von Ja Viebich und Hans Felix. So ein herziges Wädel, das auch noch singen kann, nimmt für die Rolle ein, selbst wenn es der Verlockung durch den Reichmann schnell erliegt. Mit dem edlen Humor Angenrubers tratete Gilda Herzfeld den Kohlenbrenner aus. Julius Sachsens Professor Postantenwäger war eine gatreue Kopie dieses fliegende-Blätter-Typus. Die Regie von Paul Vogdan ging im übrigen auf hoch karikatüristische Wirkungen aus: ein feinführes Weiberpaar und die bei aller ungeschickten Dummheit geiffene Woge, mit der der reiche Jüngling geirrt wird (Heria Wolff) legten davon Zeugnis ab. Der Dialekt ließ manches zu wünschen. Die Bühnenbilder gingen auf farbige Wirkungen aus. Das Volkstühenpublikum zeigte sich für die Heiterkeitswirkungen nicht minder wie für den tieferen Gehalt dankbar.

Notizen.

— Dichterkabend. Im Lessing-Museum fest Donnerstag, den 6. Juni 8 Uhr. Ernst Dittmer aus seinem neuen Buche „Die Swigen Hingken“ und aus der Handchrift seines „Geist-Buches“. Zu Beginn singt Minna Ebel-Wilde die Arie aus Waß's Pfingstamant.

55. Verbandstag der Konsumvereine.

Der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten hielt kürzlich in Brandenburg (Havel) seinen 55. Verbandstag ab. Vertreten waren von den 110 angeschlossenen Vereinen 75 Vereine durch 177 Delegierte; außerdem hatten Vertreter entandt der Zentralverband deutscher Konsumvereine, die Großverkaufsgesellschaft in Hainburg und die 'Vollstufzörge'.

Groß-Berlin

Vollzugsrat Groß-Berlin.

Zur Frage der Schaffung eines Wahl- und Propagandafonds gab die Fraktion der S. P. D. folgende Erklärung ab: Die beiden Vorhaben des Vollzugsrates Groß-Berlin sind für Mittwoch, den 4. Juni, zu einer Sitzung des Zentralrates eingeladen.

Literatur.

Von Auguste Hauschner.

Am Mitternacht erhoben sich die beiden Ehepaare, die in einem kleinen Kreise freier Künstler das Bürgerium und das Kapital vertreten hatten; die Frauen umarmten das Fräulein Birnin, ihre Watten küßten ihr die Hand, und der Abschied wurde so ausführlich betrieben, daß er die Geselligkeit der anderen untergrub und zum Anlaß eines allgemeinen Ausbruchs auszuarten drohte.

Keiner aber brachte die Spannkraft auf, den Körper aus seiner Trägheit aufzuwecken, daß er den Wunsch verwandle in die Tat. Schläfrig hockten sie auf ihren Stühlen, riefen Rauch in die verbrauchte Luft, und während sie mit watten Witten, wie mit wunden Pfeilen, nach den davongegangenen Bonaisen zielten, hatten sie ein Gefühl der Unausrichtigkeit.

schleunig wie möglich im Einberufen mit dem Zentralrat eine Wahlordnung herauskommt, die alle berechtigten Forderungen erfüllt. Demnach können die Mitglieder der S. P. D. erst dann zum dem Beschluß, zur Bildung eines Wahl- und Propagandafonds endgültig Stellung nehmen, wenn die Verhandlungen mit dem Finanzministerium fehlschlagen würden.

Die Mitglieder der S. P. D. glauben, daß auch mit Rücksicht auf die in letzter Zeit durch Sammlungen stark in Anspruch genommene Opferwilligkeit der Arbeiterkassen diese möglichst nicht unnötig zu erneuten finanziellen Leistungen herangezogen werden darf.

Die Fraktion der U. S. P. unterbreitete dem Vollzugsrat daraufhin folgenden Antrag:

Zur Ausführung des Beschlusses der Vollversammlung der U. und S. P. D. Groß-Berlins zur Gründung eines Wahl- und Propagandafonds ist folgendes notwendig:

- 1. die Herstellung von 500 000 Marken à M. 0,50, die Herstellung von 250 000 Marken à M. 1,—
2. Den Betrieb der Marken übernimmt die Kasse des Vollzugsrates. Diefelbe hat sich zur Abschmelzung der Marken einen Stempel anzuschaffen.
3. Die Abschmelzung der von der Hauptkasse entnommenen Marken erfolgt durch die Fraktionskassierer, welche auch nur von der Hauptkasse Marken zu entnehmen haben. Die Fraktionskassierer haben dann ihrerseits mit den Arbeiterräten ihrer Fraktion abzurechnen.
4. Da ein großer Umsatz unbedingt erforderlich ist, wird es notwendig sein, daß jede Fraktion eine umfassende Propaganda betreibt und sich mit Aufrufen und Flugblättern an ihre Anhänger wendet.

Der Vollzugsrat ist verpflichtet, der Vollversammlung über die Verwendung der eingegangenen Mittel Rechenschaft abzulegen.

Dieser wurde bei Stimmenthaltung der S. P. D. angenommen.

Vollversammlung

der Groß-Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte und Delegierter Freitag vormittags 10 Uhr. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Tagesordnung:

- Stellungnahme zu dem Gesegentwurf über die Betriebsräte.
Rath. Müller. Fritz Drolat.

Der angebliche Militärereignis auf der Heerstraße.

Vom Gouvernment Groß-Berlin wird uns zu diesem Bericht unseres Montagsblattes geschrieben: Die der Wadabteilung der Kommandantur angehörenden Soldaten hatten auf Befehl des Gouvernements den Auftrag, gegen die zahlreichen an der Heerstraße im Umkreis treibenden Glaskassierer vorzugehen. Es gelang auch beim ersten Vorstoß in der Richtung Teufelsdröckchen-Heerstraße 23 dieser Spieler festzunehmen.

Auch in diesem Falle erlebte man wieder das beschämende Schauspiel, daß die angesammelte Menge gegen die ihre Pflicht erfüllenden Soldaten eine drohende Haltung annahm, sodas zur Räumung des Platzes gezwungen werden mußte.

Seit Wochen fordert die Deffentlichkeit gebieterisch von der Behörde, dem öffentlichen Spielerrumoren endlich ein Ende zu bereiten. Das am Sonntag tätig gewesene Kommando hat sich bei der Säuberung der Straßen Berlins von dem Spielergesinde die größten Verdienste erworben und dank seines heftigen Vorgehens die besten Erfolge erzielt.

Wenn dann noch gar in der Presse gegen die ihrer schweren und gefährlichen Pflicht genügenden Soldaten Angriffe erhoben

werden, wird ihre Dienstfreudigkeit nicht gehoben, dafür aber die Unternehmungslust des Geindels.

Berufsdas Publikum die ihrer Pflicht genügenden Soldaten zu bedrohen, so wird es sich energische Maßregeln selbst zuschreiben haben.

Hiernach befanden sich unsere Gewährsmänner in einer Täuschung. Der verhängnisvolle Schuß kam tatsächlich aus der Richtung auf die Soldaten, die in die Luft schossen. In dem Gematter wurde ihnen dieser Schuß fälschlich zur Last gelegt.

Der Leichenfund an der Freiarchenbrücke.

Das Gerücht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ist gegenwärtig bemäht, nähere Einzelheiten über den Fund der weiblichen Leiche an der Freiarchenbrücke im Tiergarten aufzuklären. Es soll durch die Personen, welche den Leichnam im Wasser treiben sahen, festgestellt werden, wann und wo der Körper zuerst beobachtet worden ist.

Die Obduktion findet heute Dienstag vormittag um 10 in dem Garnisonlazarett Posen statt. Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß es sich hier um Frau Rosa Luxemburg handelt. Nach den Feststellungen des Oberregierungsrats Poppe ist die tote 1,43 groß, hat einen etwas verwachsenen Oberkörper und eine schmale, stark gekrümmte Nase.

Die Obduktion findet heute Dienstag vormittag um 10 in dem Garnisonlazarett Posen statt. Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß es sich hier um Frau Rosa Luxemburg handelt. Nach den Feststellungen des Oberregierungsrats Poppe ist die tote 1,43 groß, hat einen etwas verwachsenen Oberkörper und eine schmale, stark gekrümmte Nase.

Ein kommunales Notgesetz.

Neuwahlen der unbesetzten Magistratsmitglieder.

Die Demokratisierung der Gemeinden soll der 'Sozialistischen Korrespondenz' zufolge beschleunigt werden, und zwar durch ein Notgesetz folgenden Inhalts:

Bis zum 1. August ds. Jrs. müssen sich alle unbesetzten Magistratsmitglieder und Gemeindevorstände einer Neuwahl unterziehen. Bei der Neubildung der obersten Gemeindeverwaltung ist nach dem Verhältniswahlrecht zu verfahren. Zugleich wird die Arbeit an der neuen, grundsätzlich demokratischen Gemeindeverwaltung so beschleunigt werden, daß sie noch in diesem Jahre zum Gesetz erhoben werden kann.

Mit dem Erlaß dieses Notgesetzes wird endlich der Skandalöse Zustand beseitigt, daß die Hüter des alten Regiments nach wie vor die eigentliche Verwaltung in den Magistraten und auch in den Gemeindevorständen nicht aus den Händen geben wollen. Hätten sie nur einigermaßen politisches Anstandsgefühl besessen, so hätten sie sofort nach den Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen ihre Ämter zur Verfügung stellen müssen.

Neue Agitation gegen die Freiwilligenverbände.

durchziehen die Strohen und provozieren Streit. Schließlich mischt sich in das Gerede ein junger Soldat mit Freiwilligenabzeichen ein. Er bekämpft den Wanderredner und wird dann langsam in die Defensive gedrängt. Schließlich bringt der Agitator sein Anlagematerial gegen die Freiwilligenverbände vor und, scheinbar durch die Wucht der Beweise erdrückt, fängt nun der junge Soldat an, 'Erfüllungen' zu machen, die natürlich von Anfang bis Ende erfunden sind, um Stimmung gegen die Soldaten zu machen.

Scheinwerfer des Geistes in die Augen der Lebendeten geworfen. Des Publikums beraubt, des Anreizes, den Bürger zu verblüffen, schien ihnen ihre Rolle sinnlos; eben noch Abgesonderte, Herrschaften, die in einem unternehmen verdolerten Park spazieren gehen, indessen die Ausgeschlossenen neidisch durch die Gitterstäbe gucken, waren sie jetzt nicht, als eine Anzahl Jedermanns, eine Gruppe Leute von dem nämlichen Metier.

Aus der Müdigkeit, die ihre Reden schlaffte, trotz ein schwerer Brodem in ihr Horn und betäubte, was ihres Schaffens Nahrung war, das Vertrauen zu sich selbst. Traurig wurde ihr Gemüt, ein Schauspiel der Entmutigung, die Schwermut des an der Wichtigkeit seiner Berufung irrewerden vergiftete ihr Herz, verdeckte es wie eine Sende, die den anderen zu verhalten doch jedes einzelnen Bemühung war. Unertaglich war in diesem Zustand das Zusammenstehen mit feinesgleichen; denn was die Hoffnungslosigkeit des Zustandes noch vertiefte, war der Gedanke, daß vielleicht der Nachbar schmeigle, indessen man Entbehrung litt, daß keine Phantasie, von einer Eingebung lehrte, vielleicht in diesem Augenblick den Keim empfing, der sich ihm entfalten, ihm zu Erfolgen reifen werde.

Ein Deana um sich zu schlingen erzwang sie, die Luft, sich selbst zu geißeln und mit den Fingern den ändern zu verwunden. Mit welchem Recht dünkte man sich mehr als die Zwemmenschen, über die man sich erhob? War es nicht würdiger, hinter Vörsensdranken oder vor den Hauptbüchern zu stehen, als mit Einfällen zu handeln, mit Sentimenten, mit eignen und mit fremden, mit Schamlosigkeit und mit Uebertreibung. Wie Augen gegen die eigene Brust gerichtet, abstrahlen und den Gegner treffen, sog der Dohn umher. Gab es noch eine Kunst aus erster Hand? Lag irgendwo im Reich der Poesie noch braches Land? War nicht schon alles gefät, geerntet, eingebracht? Ein Königreich für einen unbesetzten jungfräulichen Stoff.

Es ging ein großes Rorden der Motive an. Soziales Mitleid. — Heißhunger auf offene Wunden.

Religion — Privatangelegenheiten fanatischer Selbster.

Romantik — Artistenmode, heitler Wlaktich der Vergangenheit.

Die Ohnmen auf die Gegenwart und ihre abenteuerlichen Möglichkeiten — Publikumsbawernfang, Die-Carter-Preffe.

Wirklichkeitsbeschreibung was gemein, Symbolik, der Zufundst-ert der Impotenten.

Mit klaffen Lippen schmähten sie die Liebe: sentimentalzer Stifch, gerade gut genug für Familienwochenblätter.

Draußen in der Rinde konterte das junge Dienstmädchen, die Kiefe, an dem Abwaschlafen. Unter dem harten weigen Licht der

Glühlichtlampe säuberte sie das Geschirr, schickte die Teller in schrägen Reihen auf, holte sie dann Stück für Stück, drehte sie, wie eine Scheibe in dem von Feuchtigkeit getränkten Tuch und stapelte sie auf das Fensterbrett. Sie sang dabei, ganz leise, daß es nicht in die Vorderstube dränge; mitten im Gesang und in Bewegung fielen ihr von Zeit zu Zeit die Augen zu, ein paar mal war sie schon im Stürzen eingeschlafen, ein Häuflein Scherben lag ihr als Opfer dieser Bewußtseinsstörungen zu Füßen. Es lag kein Zwang auf ihr zu diesem Fleiß, das Fräulein warf nur selten in die Wirtschafft einen Blick, und morgen, Sonntag, hätte sie gleich nach dem Frühstück weg, zu Freunden. Aber gerade deshalb...

Das Wasser trat in kleinen Tropfen auf Fiedels Stirn, wenn sie bedachte, was sich ihr morgen Vormittag zusammenbränge. Die weiße Bluse, die sie noch an ihrem Leib trug, es war ihre feinste, und sie hatte von dem Schweiß, der vor jeder Arbeit steht, gelitten, wusch sie noch heute Abend aus, so wie die Gasse weggegangen waren; gepflichtet konnte sie erst morgen werden. Und das Haarbrennen, Fräuleins Raschenden machte so schöne tiefe Wellen, und eine feine Worte an den Rock genäht, und die Blume, die das Fräulein gestern weggeworfen hatte, auf den Hut garnieren. Ach, was hatte sie nicht alles noch zu tun, und ehe man sich umsä, schlug die Glode zwei und dann...

Die Kiefe und der Peter Strauß haben auf demselben Gut gedient, in ihrem Heimatdorf, er bei den Pferden, sie im Hause, seit einer Woche fährt er den Wagen einer Berliner Brauerei, und morgen Schlag zwei Uhr kommt er, um sie abzuholen. Oh Gott, oh Gott — es wird die Sonne scheinen, sie werden Hand in Hand am Dundelehler See spazieren gehen, sie werden sich, das Feuer tief fließen die spröde unapflegte Haut hinout, im Wald an einer stillen Stelle niederziehen, und abends wird sie mit ihm tanzen; der Peter, der versteht, der sagt zu und drückt und wird nicht müde. Der Teller, den sie in den Händen hält, tut vor Freunden einen Sprung, so zärtlich pecht sie ihn an ihren Busen, er küßt ein Stück seiner Bergablung ein, als sie ihn bestig wegstellt, um die Lode des Eimerzindchen aufzuziehen. Große Buchstaben sind ungeschickt auf Peters Postkarte gemalt, sie zu entziffern war nicht leicht gewesen.

Wenn schon! dachte Kiefe, viel besser machte sie es selber nicht, und das Fräulein lachte sich oft beim Küchenbuchzusammenschreiben einen Akt. Immer lag ihr, Wegen dem Beschreibsel. Schreiben konnte bald ein jedes. Korische haben, keine aufessen, wenn Rot am Mann ist, und das Herz am rechten Fleck. Darauf kam es an. Ohne dem taugte das ganze Leben einen Dreck.

Grundrechte und Räteystem vor dem Verfassungsausschuss

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung hat heute mit der ersten Lesung der Verfassungsvorlage beschäftigt. Die Parteien haben sich wegen des ausserordentlichen Drucks in der Vertagung ihrer Anträge auf das nächste beschrankte müssen. Von dem Entwurf standen nach den Besonderen Beratungen noch aus der siebente Abschnitt, welcher die Reichsjustiz behandelt und der Abschnitt, der sich über die Grundrechte des deutschen Volkes bezieht. Die Reichsjustiz wurde in kurzer Beratung erledigt. Aus ihr ist nur zu erwähnen, dass neben dem Zentrum auch die Demokraten

für die Aufrechterhaltung von Kriegsgerichten und Stadtgerichten sich ausgesprochen und infolgedessen einen sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung dieser Ausnahmegerichte abgelehnt haben. Im übrigen sollen die Richter auf Lebenszeit ernannt, unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen sein. Der Schlussartikel dieses Abschnittes bestimmt die Errichtung eines Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich. Bis zu dessen Inkrafttreten werden seine Befugnisse von einem Senat des Reichsgerichts ausgeübt werden. In 57 Artikeln werden die Grundrechte des deutschen Volkes vom Untertausch festgesetzt. Die 57 Artikel behandeln:

1. Die Grundrechte und Grundpflichten der Person.
2. Die Grundlagen des Gemeinschaftslebens.
3. Die Grundrechte und Grundpflichten in bezug auf Religion, Religionsgesellschaften und Schulen.
4. Die Grundrechte und Grundpflichten auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens.

Die Grundrechte und Grundpflichten der Person sprechen aus, dass alle Deutschen vor dem Gesetz gleich

sind, dass Männer und Frauen grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten haben, dass öffentlich-rechtliche Vorechte und Nachteile der Geburt oder des Standes nicht mehr bestehen, dass Titel nur zur Bezeichnung von Amtsstellen bestehen werden. In diesem Artikel stellt die Sozialdemokratie den Antrag, dass der Titel abgeschafft werden solle. Der Antrag fand nicht die Mehrheit des Ausschusses, weil die Demokraten ebenso wie das Zentrum sich für die Beibehaltung des Adels ausgesprochen und demgemäß abstimmen.

In einem weiteren Artikel wird bestimmt, dass die Deutschen in jedem Lande des Reichs die gleichen Rechte und Pflichten haben wie die eigenen Landesangehörigen. Ein weiterer Artikel sichert die Freizügigkeit im ganzen Reich. Ein Antrag Gröber (3.) wurde angenommen, wonach

kein Deutscher wegen politischer oder gemeiner Vergehen an eine ausländische Regierung ausgeliefert

werden darf. Die Pressefreiheit wird gesichert durch einen Artikel, der da sagt, dass jeder Deutsche das Recht hat, durch Wort, Schrift, Bild oder Bild seine Meinung innerhalb der Schranken der guten Sitten zu äußern. Die sozialdemokratischen Vertreter wollten hier den Begriff der guten Sitten gestrichen wissen, aber die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses ging auf diesen Antrag nicht ein.

Ein Antrag findet künftig in Deutschland nicht mehr statt, doch können durch Reichsgesetz Bestimmungen über Verfügung von Eigentümern unter Hinzuziehung künftigerer und ererbender Sachverständiger getroffen und auf Grund derselben Verbote erlassen werden.

Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wird im weitesten Maße gewährleistet. Die Sicherung der Wahlfrei-

heit und des Wahlgeheimnisses wird durch die Verfassung garantiert.

Den Beamten wird ein besonderer Artikel gewidmet; Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetzgebung und ihrer Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen.

Die Anstellung der Beamten erfolgt auf Lebenszeit, soweit nicht durch Gesetz ein anderes bestimmt ist. Ruhegehalt und Hinterlassenenversorgung werden gesetzlich geregelt. Gegen jedes Disziplinarvergehen muss eine Beschwerdeinstanz eröffnet sein.

Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Meinung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet.

Am interessantesten und wichtigsten waren die Debatten über den sogenannten Rätegedanken. Inzwischen hat auch der Staatenausschuss sich mit dem Rätegedanken in einer Vorlage beschäftigt, so dass bei den Beratungen von heute vormittag ein Entwurf der Reichsregierung zugrunde gelegt wurde. Der sozialdemokratische Abgeordnete Engelbrecht vertrat in längerer Rede den sozialdemokratischen Standpunkt zum Sozialismus. Er empfahl im Namen der sozialdemokratischen Vertreter eine Reihe von Abänderungsvorschlägen, die zum großen Teil angenommen wurden, so dass der Rätegedanke in der Verfassung am Schluss der ersten Lesung in der folgenden Form festgesetzt worden ist:

Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in den Betriebsarbeiterräten, sowie in nach Wirtschaftszweigen gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeitsrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeitsrat treten zur Lösung gemeinschaftlicher Aufgaben und zur Vertretung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volksschichten zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die

ebenfalls wie Vorlagen der Reichsregierung zu behandeln sind. Er kann dazu Vertreter abordnen, die wie Vertreter der Länder an den Verhandlungen des Reichstages teilnehmen können.

Den Arbeits- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs.

Mit der Annahme dieser Fiktion des Rätegedankens und einer Bestimmung über die Sozialisierung, die sich im Rahmen des Sozialisierungsgesetzes hält, schloß die erste Lesung der Verfassungsvorlage heute mittag ab. Die zweite Lesung beginnt Dienstag nachmittag.

Der sozialdemokratische Bezirksvorstand gegen die Militär-Übergriffe.

Der Fall Vogel. — Die Versammlungsausschlüsse.

Der Vorstand des Bezirksverbandes nahm am Sonnabend den 31. Mai Stellung zu den Vorgängen der letzten Zeit, bei denen die freiwilligen Truppen eine Rolle spielten und nahm einstimmig folgende Erklärung an:

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D. nimmt mit größter Enttäuschung davon Kenntnis, dass unter offener Mißbilligung amtlicher Militärpersonen der unter Vorberdacht inhaftierte Oberleutnant Vogel aus dem Gefängnis entlassen konnte. Er verlangt, dass die Regierung die Untersuchung dieses skandalösen Vorfalles rücksichtslos und mit größter Beschleunigung durchführt unter Berücksichtigung der in der „Freiheit“ veröffentlichten Behauptungen und unter Zugrundelegung ihrer Redakteure. Die als schuldig festgestellten Offiziere und Beamten müssen sofort von ihren Posten entfernt und aufs strengste bestraft werden.

Der Bezirksvorstand protestiert weiter aufs schärfste gegen die in der letzten Zeit mehrfach unter Militärangebot vorgenommenen Versammlungsausschlüsse, zu denen zwar das formale Recht, aber keine soziale Notwendigkeit vorgelegen hat und die lediglich berechtigte Unzufriedenheit und Erregung in der Bevölkerung geschaffen haben.

Gerade weil der Bezirksvorstand anerkennt, dass durch die Schuld der Unabhängigen und Kommunisten die Regierung gezwungen ist, sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze der Volksmehrheit gegen die Gewalttätigkeiten der Rinderheerden ausreichende militärische Machtmittel zu schaffen, verlangt er um so nachdrücklicher, dass jedes provokatorische Auftreten des Militärs vermieden und Übergriffe aufs strengste geahndet werden. Der Bezirksvorstand fordert die Regierung dringend auf, endlich das Militär in seine Schranken zu verwahren, und seine Verwendung auf dringende Fälle des öffentlichen Wohls zu beschränken.

Die Stellung des Bezirksverbandes deckt sich im wesentlichen mit den Forderungen, die auch von unserer Seite anlässlich der letzten Vorfälle dringend erhoben worden sind.

Das Rätewahlrecht.

Oder: Wie macht man das?

In der „Freiheit“ stellt Kurt Crispian, ein Anhänger der antidemokratischen Räteverfassung, folgenden Vorschlag eines Rätewahlgesetzes zur Diskussion:

Wahlberechtigt ist:

1. Jeder produktive Arbeiter, jede produktive Arbeiterin.
2. Der dauernd oder vorübergehend nicht produktiv tätig ist, wenn er zur Arbeiterklasse gehört.
3. Der notwendig ist zur Aufrechterhaltung des Hausstandes für die unter 1. und 2. genannten Wahlberechtigten.
4. Handwerker, Bauern und ähnliche Personen, die nicht mehr direkt zur Arbeiterklasse, aber auch noch nicht zur Kapitalistenklasse gehören.
5. Wer nicht zu den unter 1., 2., 3., 4. genannten Wahlberechtigten gehört, wenn er Mitglied einer sozialrevolutionären Partei ist.

Neben denjenigen, die nach vorstehenden Bestimmungen grundfähig nicht wahlberechtigt sind, verliert sein Wahlrecht, wer im sozialistischen Sinne erfolglos gehandelt hat und wenn demzufolge von einem sozialistischen Gericht die sozialistischen Ehrenrechte abgesprochen sind.

Ueber die kindische Unweise dieses Vorschlags sind nicht viel Worte zu verlieren. Er stellt sich als ein plumper Versuch dar, unter Beiseitsetzung aller Begriffe von Recht und Gerechtigkeit der jeweils radikalsten, d. h. lautesten Gruppe der Arbeiterbewegung die Mehrheit zu verschaffen. Die Begriffe „produktiv“, „Arbeiterklasse“, „Kapitalistenklasse“, „sozialrevolutionäre Partei“, „sozialistische Ehrenrechte“ sind geschwehrt reinster Kaufkauf, mit dem sich alles oder nichts anfangen läßt. Ein Schieber zum Beispiel, der sich bei der U. S. P. D. einkauft, wird wahlberechtigt, umgekehrt kann ein spartakistischer „Chrengericht“ allen Sozialdemokraten Bürgerrecht und Ehre absprechen. Der Staat, der ein solches „Wahlrecht“ annähme, wäre kein Staat mehr, sondern ein Kasperketheater.

Verstummt.

Man schreibt uns:

Die elend-losbrügeligen Sozialisten protestieren laut und lebhaft gegen das Werk von Versailles, Homo-Grumbach an ihrer Spitze. Wo aber ist Georges Weill, der die deutschen Verhältnisse so gut kennt und der seinen französischen Freunden darlegen könnte, wie unerfüllbar ihre Forderungen sind — ganz abgesehen von ihrer Gefährlichkeit? Er schweigt — schweigt jetzt am Ende, wie er damals am Anfang des Krieges schweigte. Aber dazwischen hat er fleißig für die gerechte Sache des Völkerausgleichs und des ewigen Friedens geredet!

Preussische Landesversammlung.

28. Sitzung vom 2. Juni, 12 Uhr mittags.

Am Regierungstisch: Dejer, Haenisch u. a.

Der Gesetzentwurf über Erweiterung der Befugnisse des westpreussischen Provinzialausschusses wird in zwei Lesungen ohne Erörterung genehmigt.

Hierauf wird die Besprechung der förmlichen Anfrage der Deutschen Volkspartei über die Zerrüttung des Transportwesens in Verbindung mit dem den gleichen Gegenstand behandelnden sozialdemokratischen Antrage fortgesetzt.

Abg. Kopka (Dem.): Die Erhöhung der Güter- und Personentarife wird von der Bevölkerung als außerordentlich schädigend empfunden. Gerade die Kinderarmut, die in der Ausübung ihres Berufes reifen müssen, empfinden die Fortentwicklung nach schmerzhaft. Die Streiklust hat die ungesunden Verhältnisse im Eisenbahnbetrieb verhängnisvoll verstärkt. Bei ihren Maßnahmen muß die Eisenbahnverwaltung überlegen, ob sie auch durchführbar sind. Solche Verfügungen, wie die über den Fahrterlaubnischein, die doch nur umgangen werden, untergeben die Achtung vor dem Gesetz. Der Redner fordert ferner zünftige Kurzbücher, strenge Durchführung der Kachzahlungspflicht bei unerlaubter Benutzung höherer Wagenklassen und Vermehrung der Schusszüge. Die von dem Minister in Aussicht gestellte

Besserung des Verkehrs unserer Eisenbahnen erscheint fragwürdig,

wenn die in den Friedensbedingungen der Entente enthaltenen Vorschriften unverändert bleiben. Offensichtlich bleibt der vom ganzen Hause unterzeichnete Appell des Ministers an das Eisenbahnpersonal nicht vergebens.

Abg. Dr. Köhler-Greifswald (Dem. Sp.): Die Warnung des Ministers vor weiteren Lohnforderungen kann nur dankbar begrüßt werden. Alle diese Kriegs- und Leerverungulagen sind ja bloß Schulden, die wir aufgenommen und aus der künftigen produ-

ktiven Arbeit wieder zu bezahlen haben. Für die angeforderten Verbesserungen im Personen- und Güterverkehr können wir nur dankbar sein. Man sollte den Handel mit leichtverderblichen Nahrungsmitteln endlich freigegeben, damit würde

eine Anzahl von Quasireisenbahnfahrten aus der Welt geschafft. Unter dem Mangel an Transportmitteln leidet besonders die Landwirtschaft. Die gute alte Zeit, in der das Reisen eine Annehmlichkeit war, kann und wird wiederkommen, wenn das Personal sich auf die alte Pflichtauffassung zurückbesinnt. Die Abschaffung der Akkordarbeit hätte ich für einen volkswirtschaftlichen Fehler.

Abg. Schmieding (Zent.): Preußen befindet sich mit seinem Eisenbahnbau in einer verzweifeltsten Lage. Es kann jetzt nur darauf ankommen, die Mittel und Wege ausfindig zu machen, um eine Besserung herbeizuführen. In diesem Zweck beantrage ich die Ueberweisung der zu der Anfrage Garnisch gestellten Anträge an den Deutschausschuss.

Abg. Rehrhoff (L. Sp.): Eine gesunde Lohnpolitik schafft man nur, wenn man die richtigen Voraussetzungen dafür schafft, und die deutschen in einer gesunden Ernährungspolitik. Der Forderungslautschmerz ist in unerhörter Weise von den

Kautschukern und Häderern des Schleichhandels ausgebeutet worden. Die verschiedenen Wagenklassen sollte man doch heute im Zeitalter der Demokratie endlich aufheben.

Minister der öffentlichen Arbeiten Dejer: Die vorgeschlagenen Wünsche werden sorgfältig geprüft werden, eine Reihe davon glaube ich erfüllen zu können. Ein Teil der Friedensbedingungen würde, wenn sie im Sinne der künftigen Punkte auf volle Bogenfertigkeit abgestellt werden, für uns erträglich sein; ein anderer Teil aber ist

vom Standpunkt meiner Verwaltung aus unannehmbar.

Was die Waffenstillstandsbedingungen über das rollende Material angeht, so möchte ich auf diese Frage nicht eingehen, um keine Möglichkeit falscher Schlussfolgerungen aufkommen zu lassen. Bei den Verhandlungen im Walde von Compiègne, soweit sie sich auf meine Verwaltung bezogen, ist kein Vertreter oder Kommissar der preussischen Eisenbahnverwaltung zugegen gewesen. (Lebhaftes Gekl. Hört!)

Aus Frankreich sind keine Lokomotiven zuzuführen. Wenn man sie uns anbieten sollte, weil man sie dort nicht verwenden kann, so möchten sie in demselben Zustande übergeben werden, in dem wir sie abliefern müßten.

Darauf werden die Anträge dem Haushaltsausschuss überwiesen. Auf der Tagesordnung stehen dann fünf Anträge über Lebensmittelfragen.

Abg. Lemes (Zent.) beantragt, sie dem Ausschuss für Handel und Gewerbe zu überweisen, damit endlich praktische Arbeit geleistet werde.

Es entspinnt sich über diese Frage eine dreierleitendige Geschäftsordnungssprache, an der sich alle Parteien lebhaft beteiligen. Es wird schließlich beschlossen, die Anträge vorläufig zurückzukehren.

Es folgt eine förmliche Anfrage des Abg. Dr. Voellig (D. Sp.) über ein Monopol von Schulbüchern.

Abg. Dr. Voellig (D. Sp.): Im „Berliner Tageblatt“ fand eine Nachricht, dass die Regierung eine weitgehende Monopolisierung der Schulbücher beabsichtige. Als Ursache für die Notwendigkeit der Regierung soll der Wunsch nach einer Vereinheitlichung und Vereinfachung der Lehrbücher gegeben sein. Den wirtschaftlichen Bedenken stellen sich die Bedenken der Pädagogen. Die Erfahrungen in anderen Ländern verbieten eine Abschaffung der Monopolisierung in Deutschland. Eine besondere Gefahr der monopolisierten Bücher erblicken zahlreiche Eltern darin, daß in den Lehrbüchern der neuen Regierung schwächliche pädagogisch verbrüdernde Tendenzen auf Kosten des Sachgeses der pädagogischen und der deutschen Geschichte vorherrschen würde.

Kultusminister Garnisch: Dem Gedanken der Monopolisierung stehe ich als Sozialdemokrat selbstverständlich feindlich gegenüber. Gegen seine Verwirklichung bestehen nur zurecht noch, ich meine noch, erste Bedenken, wegen der gegenwärtigen Lage des Buchermarktes und der Schwierigkeit seiner Durchführung mit dem mir gegenwärtig zur Verfügung stehenden Behördensapparat. Ein freier Ausschuss der Pädagogen aller Richtungen wird vermuthlich noch im Laufe dieses Sommers eine Durchprüfung der Lehrbücher vornehmen. Es werden jetzt schon Grundzüge für diese Reinigungsarbeit aufgestellt, und ich vermute, daß sie mit größter Beschleunigung vollzogen wird. (Beifall links.)

Auf Antrag des Abg. Adolf Hoffmann tritt das Haus in die Besprechung der förmlichen Anfrage ein.

Abg. Wüstermann (Zent.) wendet sich gegen die Monopolisierung, da die Schulen nicht Gewerbe, sondern Bildungsinstitutionen seien. Die andauernden Neuauflagen, deren Anschaffung bisher den Schülern und den Eltern aufgezwingen wurde, sind ein schwer empfundenen Uebelstand. Im Namen des Zentrums habe ich die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß das Zentrum sich mit aller Entschiedenheit gegen ein Büchermonopol stellen wird.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Sp.): In den Ausführungen des Abg. Voellig ist uns aufgefallen, daß er sich gegen die Völkerverbrüderung wendet und daraus auf Schwächlichkeit unseres Volkes schließen will. Wir meinen, daß sich gerade die Kraft eines Volkes nicht überzeugender kundtun kann, als in der Begleitung anderer Völker und der Förderung von Tendenzen, die Völkerverbrüderung hervorruft. Wenn der Minister meint, daß der Lehrbuchermonopol mit dem ihm zur Verfügung stehenden bürokratischen Beamtenapparat nicht durchzuführen kann, so muß möglichst bald dessen Umwandlung in eine mit dem Leben zusammenhängende Verwaltung vorgenommen werden. (Der Kultusminister Haenisch nicht zustimmend.) Gewiß ist uns

für unsere Kinder das Beste gerade gut genug.

Wie das Niveau der Schulbücher braucht doch nicht zu sinken, wenn ihre Herstellung unter staatlicher Aufsicht durch staatlich Beauftragte vorgenommen wird. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Adolf Hoffmann (L. Sp.): Vom Buchhandel wird jetzt ein schematischer Bucher getrieben. Man will die Schulbücher so wie sie sind beibehalten, weil man die Geschichtsfälschung und die Hohenzollernlegende aufrechterhalten will. Herr Kultusminister!

Schmeißen Sie ein paar Tugend Wehrmänner heraus und stellen Sie dafür Sachverständige und Pädagogen ein.

Abg. Rippel (Nat. Sp.): Die Sozialdemokraten wollen eine Anhebung und Bürokratisierung des Geistes. Geben Sie Gedankenfreiheit! Versetzt ist die Zersplitterung des Schulbuchwesens und die herbe Bevorgung einzelner Firmen.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (D. Sp.): Was wird aus den monopolisierten Schulbüchern, wenn die Regierung wegschafft? Wir sind gegen dieses Monopol. Das deutsche Schulbuch soll sein das beste Schulbuch der Welt in der Schlichtheit der Uebersetzung, in der Bemerkung der wissenschaftlichen Erkenntnis, in der Reueigigkeit seiner Ausstattung. (Beifall.)

Abg. Degnerhardt (Dem.): Auch in dieser Frage muß Freiheit in weitestem Umfange oberstes Prinzip sein. Wäre der Minister beschwunden würde auf die Lehrer, die jetzt an der Heranbildung des künftigen Geschlechts zu arbeiten haben.

Abg. Adolf Hoffmann (L. Sp.) setzt sich mit dem Abg. Rippel über die Interessen des Schulbuchhandels auseinander. In die Kommission müssen auch noch meiner Auffassung nach Leute berufen werden. Der Redner verlangt neue Richtlinien für die Pädagogik. (Große Heiterkeit links.)

Damit ist die Besprechung erledigt.

Schluß 15 Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Meine Anträge, Steueranträge, Wohlfahrtsministerium.)

